

Die SP muss sich wieder als Alternative verstehen

Autor(en): **Sutter, Kaspar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **82 (2004)**

Heft 1

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341827>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die SP muss sich wieder als Alternative verstehen

Die SP Genf und verschiedene ParteipponentInnen stellen die Forderung eines Regierungsaustritts in den Raum. Nach der knallharten Provokation der Rechtskon-

Kaspar Sutter

servativen bei der Bundesratswahl ist diese Frage berechtigt. Der folgende Artikel versucht, die möglichen Konsequenzen für die Kampagnenarbeit aufzuzeigen.

Zielgruppen anvisieren

Laut einer Studie, welche die SP Schweiz im Vorwahlkampf erstellen liess, können sich 35% der SchweizerInnen vorstellen, SP zu wählen, 20% der Bevölkerung schwankt zwischen der SP und den Grünen. Dies zeigt auf, dass die SP in der Wählergunst in klarer Konkurrenz zu den Grünen steht. Dies ist nicht erstaunlich, denn inhaltlich sind die beiden Parteien quasi deckungsgleich. In der vergangenen Legislatur gab es nur bei zwei grösseren Geschäften eine Differenz: Erstens gewichtete die SP beim Swissair-Grounding die soziale Frage stärker als die ökologische und war für die Bundesbeiträge an die Swiss. Zweitens lehnten die Grünen die finanzielle Unterstützung des Bundes an die expo.02 ab. In Fragen, bei denen die Linke gespalten war (bewaffnete Auslandseinsätze und EMG), gab es sowohl bei der SP als auch bei den Grünen interne Richtungskämpfe. Es stellt sich die Frage, weshalb die Grünen in den Wahlen stär-

ker zulegen konnten als die SP, obwohl sie über keine national bekannten Aushängefiguren verfügen.

Der Grund liegt wohl in der Tatsache, dass sie nicht in der Regierung vertreten sind. Dadurch haben sie weniger Macht und Verantwortung und können eine reinere und edlere Politik betreiben. Dieses Abseitsstehen von der Regierungsmacht scheint 7,4% der WählerInnen angesprochen zu haben. Wenn die SP aus dem Bundesrat austritt, dann wird sie wohl genau für diese WählerInnen wieder attraktiver. Aber will die SP ihre Gewinne auf Kosten der Grünen machen, so wie in den Wahlen 95? Wohl kaum, denn wenn sie die Rechtskonservativen herausfordern will, dann muss Rotgrün als Ganzes wachsen. Deshalb sollte die SP verstärkt auf Neu- und WiederwählerInnen und auf frustrierte bürgerliche WählerInnen setzen. So hat die camp03 im vergangenen Wahlkampf die Grünen nie angegriffen, obwohl es bei der Listenverbindung der Grünen ZH mit der CVP allen Grund dazu gegeben hätte. Kurz: Bei einem Austritt aus dem Bundesrat würde die SP zwar Wähleranteile zulegen, dies aber vor allem zulasten der Grünen Partei. Dies ist nicht im Interesse der Gesamtlinken.

Politik personalisiert sich weiterhin

Heutzutage wollen die Medien in den seltensten Fällen Inhalte, sie wollen Köpfe und Konflikte. Dies kann man beklagen, ändert aber nichts daran, dass man auch als linke Partei dieser Regel unterworfen

ist. Die bekanntesten Köpfe der Schweizer Politik sind die BundesrätInnen. So stiessen die Bundesratswahlen auf ein weit grösseres Interesse in der Öffentlichkeit als die Parlamentswahlen, und dies, obwohl die BürgerInnen bei den Bundesratswahlen gar nicht mitentscheiden können. Als Moritz Leuenberger in seinem Präsidialjahr brillierte und Micheline Calmy-Rey mit ihrem Widerstand gegen den Irakkrieg oder ihrem Engagement für die Genfer Initiative auf sehr grosse positive Resonanz stiess, konnte davon auch die SP als ihre Partei profitieren. Die beiden SP-BundesrätInnen aus der Regierung zu ziehen, würde bedeuten, auf diese beiden sozialdemokratischen BotschaftsträgerInnen zu verzichten. Die Forderung von Otto Stich ist dabei zu unterstützen, dass die RegierungsvertreterInnen der SP sich keine Maulkörbe anlegen lassen dürfen. Der Bundesrat besitzt eine klare rechtskonservative Mehrheit, und da muss auch klar werden, wenn die SP-BundesrätInnen in der Minderheit blieben und andere Positionen vertraten. Auch Herr Blocher wird und darf dies tun. Vom zukünftigen Verhalten der beiden SP-BundesrätInnen wird es zu einem grossen Teil abhängen, ob es der SP gelingen wird, sich als klare Alternative zu etablieren.

Macht nicht abgeben, sondern um sie kämpfen

Politik ist Kampf um Macht. Die Parteien wollen in den politischen Gremien sein, damit sie ihre Vorstellungen der Gesellschaft durchsetzen können. Die SP nimmt an demokratischen Wahlen teil, um einen möglichst grossen Teil dieser Macht zu gewinnen. Eine solche Machtposition ist auch ein Sitz im Bundesrat. Für eine grössere Vertretung im Parlament zu kämpfen und gleichzeitig freiwillig auf zwei Sitze im Bundesrat zu verzichten, ist nicht kohärent und kommunikativ der Öffentlichkeit nur schwierig zu vermitteln. Ganz anders

wäre die Ausgangslage, wenn die bürgerlichen Männer ein SP-Mitglied aus dem Bundesrat geworfen hätten. Eine solche Fremdentmachtung hätte eine Volksempörung ausgelöst, welche durch die WählerInnen in vier Jahren korrigiert worden wäre. Aber wieso soll man eine Partei wählen, welche freiwillig auf einen Teil der Regierungsmacht verzichtet?

Die SP wird inskünftig im Bundesrat wohl öfters unterliegen. Da diese Sitzungen nicht medienöffentlich sind, wird auch diese Tatsache schwierig zu kommunizieren sein, aber bestimmt einfacher als der freiwillige Machtverzicht.

Die SP muss Beisshemmung ablegen

Die SP war und ist eine Minderheitspartei. Zusammen mit übrigen linken Parteien kommt sie auf 33% WählerInnenanteil. Auch wenn das linksgrüne Lager in National- und Ständerat gewachsen ist, ausschlaggebend bei Mehrheitsabstimmungen ist einzig und allein der Medianparlamentarier. Und dass dieser nach rechts gerutscht ist, hat die Bundesratswahl deutlich gezeigt.

Die SP kann von der SVP lernen. Diese hat sich in den letzten Jahren immer als Antithese zum herrschenden System verstanden, obwohl sie in der Regierung vertreten war und im Parlament immer stärker den Kurs vorgab (so beim EU-Beitritt, dem Steuerpaket, der zweiten Gotthardröhre, der repressiven Drogenpolitik etc.). Bei der SP geben sich viele Mitglieder zufrieden mit ihrem Platz im herrschenden Konkordanzsystem. Bestes Beispiel zur Untermauerung dieser These liefert das Deiss-Plakat der *campa03*. Die SP ist überzeugt, dass mit einer vernünftigen Konjunkturpolitik die volkswirtschaftlichen Schwankungen abgeschwächt werden können. Der zuständige Wirtschaftsminister kommt aus einer liberalen Schule und bevorzugt das konjunkturpolitische «Nichts-Tun».

Wieso soll man eine Partei wählen, welche freiwillig auf einen Teil der Regierungsmacht verzichtet?

**Voraussetzung
für einen dritten
Sitz im Bundesrat
währe ein
Wählerstimmen-
anteil von
deutlich über
35 Prozent.**

Diese politische Differenz wurde witzig, aggressiv und personalisiert mit dem Deiss-Plakat umgesetzt – und hat einen riesigen Wirbel provoziert. Anstatt die Aufmerksamkeit zu nutzen und die SP-Wirtschaftspolitik zu verbreiten, haben sich viele Parteimitglieder in der Stil-Frage verloren. Wer solche Kampagnen nicht aushält, ist nicht oppositionsfähig. Dieses Beispiel zeigt klar, wie stark die Beisshemmung in der SP in den Jahren der Konkordanz und des sozialen Friedens zugenommen hat. Diese Harmonie wurde aber spätestens am 10. Dezember durch die Rechtskonservativen zertrümmert. Deshalb ist zentral, dass die SP wieder Biss bekommt, um in Zukunft die Abbaupolitik des Bundesrates effizient und medienwirksam bekämpfen zu können. Es darf nicht im konkordanten Stil verharrt werden, wenn die Steuern für Reiche gesenkt, beim öffentlichen Verkehr und der Bildung gespart und die AHV abgebaut werden.

Nicht in die linksideologische Falle treten

Die Verhärtung des politischen Klimas birgt die Gefahr einer inhaltlichen Radikalisierung in sich. Sich jetzt in eine linksideologische Ecke zurückzuziehen, wäre fatal. So würde die SP ihre urbanen und linksliberalen WählerInnen verlieren. Zweitens sollte sich die SP auf Themen konzentrieren, in der sich alle Strömungen der Partei einig sind, und drittens kann diese Nische linksradikalen Gruppierungen überlassen werden. Hier ist das Beispiel der SP Waadt zu nennen, welche sich in den letzten Jahren inhaltlich radikalisiert hat mit dem Ergebnis, dass sie die einzige SP-Kantonalpartei ist, welche einen Sitz verloren hat, und dies, obwohl der Kanton einen zusätzlichen Nationalratssitz bekommen hat. Als positive Beispiele sind die Wahlkämpfe in SH, BS und SZ sowie von den Kandidatinnen Simonetta Sommaruga und Anita Fetz zu nennen. Mit

linksmoderaten Inhalten, aber einer klaren Kritik an der Politik der Bürgerlichen waren sie bei den letzten Wahlen für die grössten Erfolge der SP verantwortlich.

Direkte Demokratie nutzen, aber bewusst

Ob in- oder ausserhalb des Bundesrats, zentral wird auch der richtige Einsatz der direkten Demokratie sein. In keinem anderen europäischen Land verfügt die Opposition über ein solch schlagkräftiges Instrumentarium. Mit guten Referenden kann der rechtsbürgerlichen Mehrheit sehr viel Sand ins Getriebe gestreut, können ihre neoliberalen Projekte verhindert werden. Genauso kann sich die direkte Demokratie auch in einen Bumerang verwandeln. Die SP erreichte ihren Höchststand im Wahlbarometer im April 03 mit 24,4%. Nach der brutalen Niederlage in den Abstimmungen vom 18. Mai sackte sie ab und erholte sich nur langsam wieder. Initiativen, die nicht einmal die Unterstützungen des gesamten rotgrünen Lagers hinter sich sammeln können, dürfen schon gar nicht ergriffen werden, denn sie wirken kontraproduktiv. Dennoch macht die Partei zum x-ten Mal diesen gleichen Fehler, wenn sie die Initiative zur Einheitskasse unterstützt. Wenn linksradikale Gruppierungen solche Profilierungsaktionen starten, welche nicht einmal Chancen auf einen Achtungserfolg haben, darf man sie ruhig auflaufen lassen.

Ob ein Regierungsaustritt oder nicht, ist schlussendlich eine nebensächliche Frage. Entscheidend ist, ob die SP wieder pointierter auftritt und sich als klare Alternative zur rechtskonservativen Mehrheit versteht.

Kaspar Sutter, lic.rer.publ. HSG, Jg. 1975, war mitverantwortlich für die campa03, das Wahlkampfteam der SP Schweiz.